Stefanie Delfs

Verstoßen, vertrieben, verbrannt –

Die Sicherheit von queeren Geflüchteten im kenianischen Flüchtlingslager Kakuma

Stipendien-Aufenthalt in Kenia

vom 14. Mai bis zum 25. Juni 2022

Süd-
sudan
Äthiopien
Lodwar
Uganda
Kitale
Kenia
Somalia
Eldoret
Kakamega
Meru
Kisumu
Nakuru
Nyeri
Kericho
Naivasha
Thika
NAIROBI
Lamu
Malindi
Kilifi
Watamu
Mombasa
Tansania
Diani Beach

Warten auf die Abreise

Es ist Anfang März 2020, als mein Handy klingelt: „Steffi, du darfst nach Kenia reisen!“ höre ich Ute Maria Kilian von der Heinz-Kühn-Stiftung sagen. Ich kann es nicht fassen. Eine Zusage für das Stipendium: Wahnsinn! In dem Moment ahne ich nicht, dass sich meine Recherchereise in das Flüchtlingslager Kakuma im Nordwesten Kenias um Jahre verzögern wird. Erst wenige Wochen zuvor war ich von einer Japan-Reise zurück nach Deutschland gekommen. Dort wunderte ich mich noch über leere Skipisten während des chinesischen Neujahrsfestes. Normalerweise sind die Hotels in der Ferienzeit ausgebucht. Doch damals stornierten die Urlauber reihenweise ihre Buchungen. Denn in China wütete bereits Covid-19. Anfang Januar forderte das neuartige Virus die ersten Todesopfer, Ende Januar riegelte China die Millionen-Metropole Wuhan ab. Zeitgleich wurde in Deutschland der erste Corona-Fall aus dem Kreis Starnberg gemeldet. Im März dann die ersten Todesfälle in Deutschland. Keine zwei Wochen nach dem Anruf von Ute verkündet Angela Merkel einschneidende Schritte zur Bekämpfung der Pandemie: „Das sind Maßnahmen, die es in diesem Land so noch nicht gegeben hat, aber sie sind notwendig.“ Restaurants, Clubs, Diskotheken, Freizeitparks und viele andere Einrichtungen müssen schließen. Geöffnet bleibt nur, was die Grundversorgung sichert. Fernreisen werden für die kommenden zwei Jahre fast unmöglich. Wann ich nach Kenia aufbrechen kann? Ungewiss.

Ich richte mir einen Google Alert ein, um wenigstens online die Entwicklungen rund um mein Recherchethema verfolgen zu können. Sobald ein Artikel über Kakuma erscheint, bekomme ich eine Benachrichtigung per Mail. Ende April 2020 lese ich, dass die kenianische Regierung das Camp vollständig abriegelt. Mehr als 200.000 Menschen sind in Quarantäne. Krankenbetten gibt es kaum. Hilfsorganisationen zeigen sich alarmiert.

Neben den wenigen Meldungen zur pandemischen Lage im Camp, stoße ich auf immer mehr Artikel über zunehmende Gewalt gegenüber queeren Geflüchteten im Flüchtlingslager. *Human Rights Watch* spricht von einem exponentiellen Anstieg. Im April titelt die Nachrichtenagentur Reuters: Lesbians, gays live in fear of attacks in Kenyan refugee camp. Kurze Zeit später erhängt sich ein homosexueller Mann, der aus Kakuma geflohen ist, vor dem Hauptgebäude des UN-Flüchtlingskommisariats *UNHCR* in Nairobi. Er wurde 24 Jahre alt. Im Frühjahr 2021 verübt eine Gruppe homophober Geflüchteter einen Brandanschlag mitten im Flüchtlingslager. Ein Transmann stirbt. Ein homosexueller Mann überlebt schwer verletzt. Reuters schreibt: U.N. to boost security for LGBT+ refugees after deadly arson attack at Kenya camp.

An meinem Schreibtisch in Köln beginne ich zu recherchieren: Seit Jahren versucht die LGBTIQ+[1] Community, eine kleine Minderheit im Flüchtlingslager, auf ihre prekäre Situation aufmerksam zu machen. Regelmäßig protestieren sie vor dem *UNHCR*-Geländes in Kakuma. Doch gern gesehen ist das nicht immer. Bereits im Dezember 2018 berichtet die Online-Zeitung *KANERE* von einer Demonstration. "*UNHCR* ist nicht in der Lage uns zu beschützen", sagt ein Demonstrant damals dem Journalisten. Kritik an UNHCR äußert auch die African Human Right Commission (HRC): Das Flüchtlingskommissariat versage bei dem Versuch, Minderheiten im Camp zu schützen. Die Demonstration endet mit 20 Verletzten, nachdem die Sicherheitsmänner, die für das *UNHCR*-Gebäude zuständig sind, die Polizei gerufen hatten. *KANERE* schreibt:

> *Demonstranten behaupteten, die kenianische Polizei habe sich geweigert, ihre Beschwerden anzuhören, und stattdessen mit körperlicher Gewalt versucht, die Demonstranten über die Autobahn zum Lager zurückzubringen.*
>
> *„Als sie ankamen, waren sie viele, sie trugen große Stöcke und sie wandten Gewalt an. Als Folge der Schläge blutete mein Kopf", sagte*

1 Die Abkürzung LGBTIQ+ steht für lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, trans- und intersexuelle sowie queere Menschen.

der Anführer von Refugee Flag Kakuma KANERE in einem Interview vor Ort.

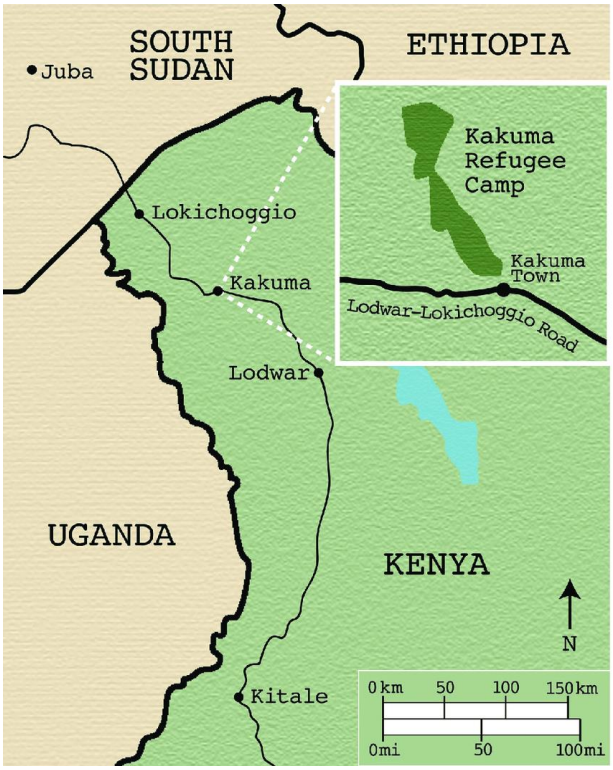
Als Reaktion auf die Gewalt siedelt *UNHCR* 200 Mitglieder der LGBTI-Community nach Nairobi um. Es ist der Versuch, die Situation zu entschärfen. Doch kurze Zeit später registrieren sich neue Menschen im Camp, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung geflohen sind, und eins wird ab dann klar: Die Situation hatte sich nicht verbessert. Ganz im Gegenteil. Die Angriffe gehen weiter und der Protest ebenfalls.

Als ich im Mai 2022 endlich in den Flieger nach Nairobi steige, schwirren mir Fragen durch den Kopf: Was ist aus Jordan geworden, dem Mann, der den Brandanschlag im Frühjahr 2021 überlebt hat? Lebt er mittlerweile in Sicherheit? Und wie geht es jenen, die mehr als ein Jahr danach noch immer im Camp leben müssen? Hat *UNHCR* mittlerweile für ausreichend Schutz gesorgt? Ich will mich auf die Suche nach ihnen machen, um herauszufinden, wie es ihnen heute geht.

Auf einen Milchshake in Nairobi

Ich treffe Ermias (*Name geändert) in einem Restaurant auf der Kilimathi Street, einer viel befahrenen Seitenstraße im Zentrum Nairobis. Vom Busbahnhof zum Treffpunkt sind es keine zehn Minuten Fußweg. Mit schnellen Schritten bahne ich mir den Weg durch die Menschenmenge. Männer in schwarzen Anzügen und Frauen in schicken Kleidern eilen im *Central Business District* zu ihren Büros. Ich schaue nach oben, sehe die verspiegelten Fenster der Hochhäuser, und stolpere fast über die karierte Decke eines Straßenverkäufers, der hinter fein säuberlich aufgetürmten Mangos und Avocados auf dem Boden sitzt. Auf der Straße hinter ihm drängeln sich bunt angemalte Kleinbusse hupend aneinander vorbei. Ich laufe weiter, sehe Motorradfahrer in gelben Warnwesten, die sich gekonnt durch das Verkehrschaos schlängeln. Aus zwei Spuren werden drei. Aus drei werden vier. Gleich gibt es kein vor und kein Zurück mehr.

Als ich die Kenyatta Avenue überquere, vibriert mein Handy in der Hosentasche. „Already there, outside“, schreibt Ermias. Ich bin spät dran. Mal wieder. Fast eine Stunde stand ich im Stau. Wie so oft habe ich den morgendlichen Berufsverkehr unterschätzt. Ich bin erleichtert als ich hinter einem kleinen Elektronikladen endlich das Eingangsschild des Lokals entdecke, in dem Ermias schon auf mich wartet.



Ich gehe nach oben in den 1. Stock, laufe nach draußen, vorbei an braunen Holztischen und mit rotem Stoff bezogenen Stühlen. Ermias sitzt am hinteren Ende des Balkons, Milchshake-trinkend, mit einem Smartphone in der Hand. Seine Füße wippen zum Takt der Musik. Es läuft Afrobeat – wie eigentlich überall. Als er mich entdeckt, nimmt er sein Basecap vom Kopf, steht auf und lächelt mich an. Seit ein paar Monaten sind wir schon sporadisch miteinander in Kontakt. Nach all den Chatnachrichten stehen wir uns endlich gegenüber. Mitten in Nairobi. Dass wir uns ausgerechnet hier das erste Mal treffen, hätten wir beide nicht gedacht.

Ermias ist vor zehn Jahren aus Äthiopien nach Kenia geflohen. Seitdem lebt er in Kakuma, einem der größten Flüchtlingslager der Welt. Es liegt in Turkana County, im Nordwesten des Landes. Von dort ist er vor ein paar Tagen mit dem Bus nach Nairobi gefahren. „Sechzehn Stunden hat die Fahrt gedauert“, sagt er, während er in seiner Jackentasche wühlt. Er zieht ein zusammengefaltetes Stück Papier heraus, schiebt das Dokument über den Tisch. Ich lese seinen Namen oben in der Kopfzeile. Fettgedruckt in Großbuchstaben. Es ist eine Sondergenehmigung, ausgestellt vom Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen. Die braucht er, um das Camp verlassen zu dürfen, erklärt er. Denn wer in Kenia als geflüchtete oder asylsuchende Person lebt, darf sich ausschließlich in einem bestimmten Korridor bewegen, und der beschränkt sich, wie in Ermias Fall, meist auf das Flüchtlingslager selbst. So sieht es das kenianische Gesetz für die rund 560.000 Menschen vor, die sich laut *UNHCR* als Geflüchtete oder Asylsuchende in Kenia aufhalten. Nur die wenigsten leben in urbanen Gegenden, wie Nairobi. Mehr als achtzig Prozent leben in den beiden größten Flüchtlingslagern des Landes: Dadaab und Kakuma.

Ermias ist einer von ihnen. Er steckt den Zettel sorgfältig zurück in seine Jackentasche und schließt den Reißverschluss. Er dürfe das Dokument nicht verlieren und müsse es immer bei sich tragen, sagt er mit Nachdruck. Denn kommt er in eine Polizeikontrolle und kann die Reisegenehmigung nicht vorzeigen, wird er verhaftet. So soll verhindert werden, dass Bewohner von Kakuma das Flüchtlingslager unerlaubt verlassen. Keine fünf Kilometer vom Camp-Eingang entfernt patrouilliert deswegen die Polizei auf der einzigen Straße, die nach Kakuma führt.

Auch ich werde ein paar Wochen später an dieser Straßensperre stehen, mit klopfendem Herzen und schweißnassen Händen – ohne zu wissen, ob mich die Polizisten mit den Maschinengewehren durchlassen werden.

Ich hole mein Notizbuch aus dem Rucksack, bestelle mir, wie Ermias, einen Milchshake, und er beginnt zu erzählen. In seinem Heimatland habe er vor seiner Flucht Journalismus studiert. Seitdem er in Kakuma lebt, arbeitet er ehrenamtlich für eine kleine unabhängige Zeitung, den *Kakuma News Reflector,* besser bekannt als *KANERE*. Er schreibt über die Pandemie, die ansteigende Selbstmordrate im Camp, oder die Dürre, mit der die Menschen in Kakuma seit Jahren zu kämpfen haben. Das Team besteht aus etwa zwölf Journalistinnen und Journalisten. Sie alle leben in dem Flüchtlingslager und sie alle haben ein ganz klares Ziel: Sie wollen einen Gegenpol setzen zu dem Narrativ, das von Hilfsorganisationen in die Welt getragen wird. „Ohne uns würde die Welt da draußen nicht mitbekommen, was in Kakuma tatsächlich passiert“, sagt Ermias. Sein Blick ist ernst, fast schon wütend. „*KANERE* zieht die Hilfsorganisationen aus dem Westen zur Verantwortung, die seit Jahren annehmen, sie hätten die Deutungshoheit über das, was in Kakuma passiert.“

Seinem Team sei deshalb vor allem die finanzielle Unabhängigkeit wichtig. „Wir nehmen keine Gelder von Hilfsorganisationen an, die in Kakuma tätig sind“, sagt er. Aus einem einfachen Grund: „Es ist eine Frage der Repräsentation. Die Hilfsorganisationen aus dem Westen tragen unsere Geschichten aus dem Camp in die Welt. Das Problem dabei ist, dass nicht wir unsere Geschichten erzählen, sondern sie – aus ihrer Perspektive, immer mit dem Ziel Spendengelder zu generieren.“ Sobald sie mit den Hilfsorganisationen zusammenarbeiten würden, sei die Meinungs- und Pressefreiheit bei *KANERE* gefährdet. Davon ist Ermias überzeugt. Es gebe noch andere journalistische Angebote im Camp, einen Radiosender zum Beispiel, die offiziell mit *UNHCR* kooperieren. Auch andere Nichtregierungsorganisationen arbeiten mit Journalisten aus dem Camp zusammen. „Die machen einen PR-Job für *UNHCR*“, sagt Ermias. Unabhängiger Journalismus sei das nicht.

Er holt tief Luft, seufzt, dann Stille.

„Das ist aber auch ein Problem. Wir haben deswegen kaum Geld, um unsere Arbeit ordentlich machen zu können“, sagt er leise und fügt im selben Atemzug hinzu, „und gerne gesehen sind wir auch nicht.“ Erst vor ein paar Monaten sei ein Kollege bei der Arbeit von der Polizei verhaftet worden.

Das war im September 2021. Lehrkräfte demonstrierten in Kakuma für bessere Löhne vor dem Hauptgebäude ihres Arbeitgebers, dem *UNHCR*. Arbeitnehmerrechte haben sie mit dem Status als Geflüchtete kaum: In Kenia ist es ihnen per Gesetz verboten zu arbeiten. Trotzdem gibt es in Kakuma eine Vielzahl an Stellen, die NGOs mit ausgebildeten Fachkräften besetzen, die selbst als Geflüchtete im Camp leben. Darunter Lehrer, Krankenschwester, Dolmetscher oder Ingenieure. Anstatt eines Gehalts, bekommen sie sogenannte „*incentives*“, eine Art monatliche Prämie, dessen Höhe von den Hilfsorganisationen frei festgelegt werden kann. Beispielsweise zahlt *UNHCR* laut *KANERE* dem *refugee staff* zwischen 30 und 100 Dollar im Monat für eine Vollzeitstelle mit vierzig Stunden pro Woche. Zu wenig, um in Kakuma ihr Leben finanzieren zu können, sagen sie. Dass sogenannte *incentive workers* über ausbeuterische und schlechte Arbeitsbedingungen klagen, wird mir noch öfter während meiner Reise begegnen. Auch, dass sich viele trotz ihrer Wut nicht trauen, offen darüber zu sprechen – aus Angst davor, ihren Job zu verlieren oder keine Chance mehr auf *Resettlement* zu haben, also auf die legale und sichere Einreise in einen aufnahmebereiten Drittstaat. Umgesiedelt werden besonders schutzbedürftige Menschen, die weder in ihrem Heimatland noch in dem Land bleiben können, in das sie geflohen sind. Viele Interviews, die ich in Kakuma geführt habe, darf ich deshalb nicht veröffentlichen.

Im September 2021 organisierten sich Lehrkräfte aus Kakuma trotzdem und gingen auf die Straße. Vor dem strahlend weißen *UNHCR*-Komplex mit dem hellblauen Eisentor standen sie mit Pappschildern: "*Teachers want their careers valued and respected*." Unter ihnen war auch der Journalist von *KANERE*. Er spricht mit einem Lehrer, als die Situation eskalierte. Was dann passierte, beschreibt *KANERE* in einem Artikel, der wenige Tage später veröffentlicht wird:

> *Gegen 8:00 Uhr feuerte die Polizei Tränengas in die riesige Menge, zu der auch Lehrer und Grundschüler gehörten.*
>
> *Um 8:04 Uhr wurde ein KANERE-Journalist festgenommen und von vier Polizisten gewaltsam in das Polizeifahrzeug gebracht. Der Journalist wurde eine Stunde lang mit Handschellen auf das Dach des Polizeifahrzeugs gefesselt.*
>
> *Um 9:10 Uhr war das Fahrzeug mit dem Journalisten zur Polizeistation zurückgekehrt, wo der geschädigte Journalist verhört und zwei Stunden festgehalten wurde.*
>
> *Der angebliche Grund für die Verhaftung des Journalisten war die Teilnahme an dem Protest, was eine völlig falsche Anschuldigung war, da der Journalist einige Mitglieder protestierender Lehrer fotografierte und interviewte.*
>
> *KANERE bemüht sich weiterhin um Reformen und die Verbesserung des schlechten Klimas der Medienfreiheit in Kakuma und anderen Flüchtlingslagern.*

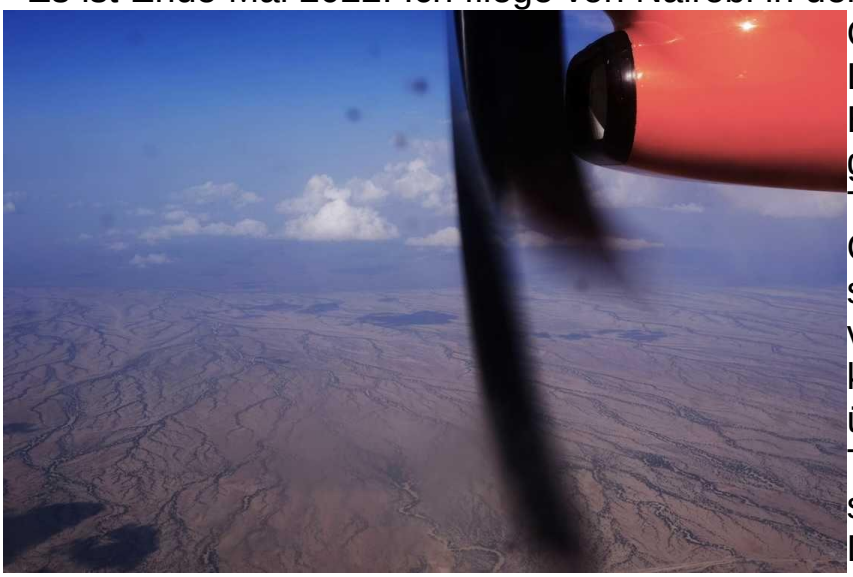
Ermias erzählt, dass auch er bei jedem Artikel abwägt: „Ist mir meine eigene Sicherheit oder die Veröffentlichung wichtiger?“ Nicht jeder würde sich für letzteres entscheiden. Sein Kollege, der bei der Demonstration verhaftet wurde, lebt mittlerweile in Deutschland. Er hatte Glück. Er war einer von insgesamt 472 Menschen, die Deutschland aus Kenia im Rahmen des europäischen *Resettlement*-Programms aufgenommen hat.

Aus seinem Zimmer in einer Flüchtlingsunterkunft in Nordrhein-Westfalen berichtet er bis heute für *KANERE*. Jetzt müsse er immerhin keine Konsequenzen mehr fürchten, sagt Ermias.

Für mich ist das der Ausgangspunkt meiner Recherche. Was bedeutet das für die LGBTIQ+ Community, wenn freie und kritische Berichterstattung innerhalb des Camps kaum möglich ist? Und nur nach außen getragen wird, was von *UNHCR* gefiltert wird? Ich will mir selbst ein Bild davon machen und plane meine Reise in eins der größten Flüchtlingslager der Welt.

Reise in eine andere Welt

Es ist Ende Mai 2022. Ich fliege von Nairobi in den Nordwesten Kenias.



Genauer gesagt nach Lodwar. Mit 20.000 Einwohnern ist es die größte Stadt in Turkana County, einer Gegend, in die es nur selten Touristen verschlägt. Es ist eine karge Landschaft, über die ich fliege. Trocken, steinig, sandig. Viele der Dörfer, die ich von oben sehe, haben nicht mehr als zwanzig Häuser. Sie liegen oft weit entfernt von der einzigen Straße, die den Nordwesten mit südlicheren Regionen verbindet. Erst vor wenigen Jahren wurde sie asphaltiert. Davor gab es zwischen Kakuma und der 420 Kilometer südlich gelegenen Stadt Kitale nur eine Schotterpiste.

Als ich nach 75 Minuten aus dem kleinen orangen Flugzeug die Treppen zum Rollfeld nach unten steige, schlägt mir die trockene Hitze ins Gesicht. Ich flüchte mich in den Schatten des Flughafengebäudes. Während ich auf meinen Rucksack warte, der auf einem Bollerwagen mit dem Gepäck der anderen Passagiere zu mir hinübergezogen wird, erkenne ich einige Mitarbeiter von Hilfsorganisationen. Sie tragen bedruckte T-Shirts mit den Aufschriften World Food Programme oder Film Aid International. Wie ich, sind auch sie auf dem Weg nach Kakuma Town. Die kleine Stadt, an die das Flüchtlingslager grenzt, liegt 120 Kilometer nördlich von Lodwar, auf halber Strecke zur südsudanesischen Grenze.

Ein paar Tage später ist es so weit. Ich breche auf. Mit einer eiskalten Cola in der einen Hand und meinem Sonnenhut in der anderen steige ich in das Matatu, das mich bis nach Kakuma bringen soll. 500 kenianische Schilling kostet die Fahrt, umgerechnet sind das vier Euro. Ich quetsche mich auf eine 3er-Sitzbank, auf der schon vier Leute sitzen. 2 Männer, 1 Frau, auf dem Schoß ein Kind. Es ist eng und es ist heiß. Die Hose klebt an meinen Oberschenkeln, ich wische mir den Schweiß von der Stirn. An die 37 Grad in Turkana muss ich mich noch gewöhnen. Neben mir sitzt James (*Name geändert). Er ist Kongolese, wohnt seit über zehn Jahren in Kakuma. Wir haben uns online vor einigen Wochen vernetzt. Er wird mein Gastgeber in Kakuma sein. Ich denke an mein Gespräch mit Ermias in Nairobi, an die Straßensperre, von der er mir erzählt hat. Ich frage James, ob das ein Problem werden könnte. „Die werden dir Fragen stellen, weil ja keine Besucher nach Kakuma dürfen. Du darfst auf keinen Fall sagen, dass du das Lager betreten wirst. Sag einfach, du besuchst Freunde in Kakuma Town.“ Ich bin mit einem Touristenvisum im Land und habe mich dagegen entschieden, auf offiziellem Weg eine Genehmigung bei der kenianischen Regierung und UNHCR zu beantragen, das Camp besuchen zu dürfen. Seit der Pandemie ist das so gut wie aussichtslos, für Journalisten sowieso. „Ich hab schon öfter Gäste bei mir aufgenommen“, sagt James und lacht.

Ankommen im Nirgendwo

Kakuma heißt auf Kiswahili so viel wie "Nirgendwo". Und so fühlt sich die eineinhalbstündige Fahrt dorthin auch an. Nur wenige Motorräder sind unterwegs. Alle zehn, zwanzig, vielleicht dreißig Minuten kommt uns ein

anderes Auto entgegen. In den wenigen Dörfern, an denen wir vorbeifahren, verkaufen Frauen am Straßenrand Holzkohle in weißen Säcken, die ihnen bis zur Hüfte ragen. Ich sitze direkt hinter dem Fahrer, habe freie Sicht auf die Straße, die kein Ende zu haben scheint. Die untergehende Sonne taucht den Horizont in ein goldenes Licht. Wir fahren geradewegs darauf zu. Es ist noch immer unerträglich heiß. Der Asphalt flimmert. Verwischt. Ich unterhalte mich mit James, als immer mehr Häuser in der Ferne auftauchen. Das Matatu wird langsamer und plötzlich erkenne ich warum: Polizisten mit Maschinengewehren patrouillieren auf der Straße. Eine gelbe Eisenabsperrung am Boden verhindert das Durchkommen. Wir halten an. Der Fahrer ruft etwas in Kiswahili. James übersetzt: „Wir müssen unsere Ausweise vorzeigen“, sagt er. Ich krame nervös meinen Reisepass aus meinem Rucksack hervor. Die Polizistin in grüner Uniform nimmt ihn mir aus der Hand, blättert uninteressiert ein paar Sekunden darin herum, dann verschwindet sie.

Nach ein paar Minuten kommt sie zurück. Ohne ein Wort zu sagen, reicht sie mir meinen Pass durch das Fenster. Ich atme tief durch, als sich das Matatu endlich wieder in Bewegung setzt. Am Straßenrand entdecke ich ein grünes Schild mit gelber Aufschrift: Kakuma. Auf der Hauptstraße der kleinen Stadt reihen sich bunt angestrichene Geschäfte aneinander. Die Straße ist voller Menschen. Wir überqueren ein ausgetrocknetes Flussbett. Auf meiner linken Seite erkenne ich das hellblaue Eisentor des UNHCR-Hauptgebäudes. Zusätzlich zu einer meterhohen Mauer sichern ein Zaun und Stacheldraht das Grundstück ab. Das Matatu biegt direkt gegenüber nach rechts auf einen Schotterweg ab, der zu einer Tankstelle führt. Ich steige aus dem stickigen Bus. Die frische Luft tut gut.

Keine zweihundert Meter von mir entfernt, ist der Eingang zum Flüchtlingslager. Das ist mir zu dem Zeitpunkt aber noch nicht bewusst. Direkt neben mir, auf dem gelben Schild einer Hilfsorganisation lese ich: *From harm to home*. In drei Jahrzehnten ist Kakuma für viele tatsächlich ein Zuhause geworden. Diejenigen, die hier geboren sind, kennen kein anderes. Ob es aber auch ein Zuhause geworden ist, in dem sie sich sicher und geborgen fühlen, ist eine andere Frage.

Ursprünglich war das Lager als Übergangslösung für Kinder und Jugendliche aus dem heutigen Südsudan gedacht, den sogenannten Lost Boys. 1992 sind sie vor dem sudanesischen Bürgerkrieg geflohen. Das Camp war damals für 23.000 Menschen konzipiert worden. Doch die Zahl derer, die hier Zuflucht suchen, steigt stetig an. Laut *UNHCR* leben aktuell 237.000 Menschen dort. Sie kommen hauptsächlich aus dem Südsudan, Somalia, der Demokratischen Republik Kongo und Äthiopien. Drei Viertel davon sind Frauen und Kinder, mehr als die Hälfte aller Bewohner sind minderjährig. Das Flüchtlingslager besteht mittlerweile aus vier Siedlungen: Kakuma 1 bis 4, wie sie offiziell heißen, erstrecken sich über mehr als 25 Quadratkilometer. Das Camp ist längst zu einer dauerhaften Stadt angewachsen, allerdings ohne Stromanschluss, ohne fließend Wasser, ohne eine einzige befestigte Straße.

Der Junge mit dem Cowboy-Hut

James und ich laufen eine Schotterstraße entlang. „Gleich da drüben beginnt Kakuma 1“, sagt er und zeigt nach links auf einen Müllberg, auf dem ein paar Menschen nach etwas Verwertbarem suchen. Unmittelbar dahinter schimmern silberne Wellblechdächer zwischen den wenigen Bäumen in der Dämmerung auf. „Und da drüben wohne ich.“ Er zeigt jetzt mittig vor sich. Auf die Fläche, die zwischen Kakuma 1 und den Hauptquartieren der Hilfsorganisationen liegt.

Wir weichen matschigen Löchern auf dem sonst staubtrockenen Lehmboden aus. Vor ein paar Tagen hat es geregnet, sagt Jonathan. Eine Seltenheit. Seit Jahren regnet es in der Region kaum noch. Wir biegen nach links ab. Plötzlich tauchen ein paar Straßenstände auf. Eine Frau verkauft Tomaten auf einem Holztisch. An einem Kiosk gibt es eiskalte Cola in Glasflaschen und Fanta mit Traubengeschmack. Daneben brutzeln Fleischspieße über dem offenen Feuer. Nyama Choma, gegrilltes Ziegenfleisch, ist das Nationalgericht in Kenia. James öffnet ein kleines Eisentor im Zaun. Ich folge ihm. Die Wege werden schmaler, an manchen Stellen sind sie keine zwei Meter mehr breit. Die bunte Wäsche, die vor den Türen an Wäscheleinen trocknet, ist der einzige Farbklecks, den ich zwischen den Häuserreihen aus Wellblech erkennen kann. Das Gelände gehört offiziell noch zum Flüchtlingslager, erklärt mir James, hat aber einen gesonderten Status. Die meisten Menschen, die hier leben, arbeiten für Hilfsorganisationen wie UNHCR. Da die Hauptquartiere der großen NGOs in unmittelbarer Nähe sind, hätten sie das große Privileg, ans Stromnetz angeschlossen zu sein. Zwar gebe es nur ein paar Stunden am Tag Strom, aber immerhin.

James öffnet das Vorhängeschloss einer Wellblechhütte. In dem kleinen Raum, der nicht viel größer als fünf Quadratmeter ist, steht ein Bett mit Moskitonetz, ein kleiner Holztisch mit Ventilator, daneben ein Kühlschrank, indem sich 1,5-Liter-Wasserflaschen türmen. In dem winzigen Nebenraum, der nur durch einen Vorhang getrennt ist, steht eine weiße Keramiktoilette. Plastikeimer dienen als Spülung und Dusche zugleich. „Hier schläfst du nicht“, sagt er lachend, „für zwei Leute ist definitiv kein Platz.“ James reicht mir eine kalte Flasche Wasser, die ich dankbar annehme. „Du kannst bei einem befreundeten Pärchen schlafen. Die wohnen ums Eck.“

Als wir bei Mohammed und Afeni (*Namen geändert) klopfen, ist es schon dunkel. Die beiden sind am Kochen. Es gibt frischen Fisch mit Ugali, ein fester Brei aus Maismehl, der bei keiner Mahlzeit in Kenia fehlen darf. Bevor wir essen, will mir Mohammed mein Zimmer zeigen. Von einem schmalen, dunklen Gang gehen rechts drei kleine Räume ab: das Schlafzimmer, das Wohnzimmer und das Gästezimmer, in dem ich schlafen werde. Direkt gegenüber: Toilette und Badezimmer.

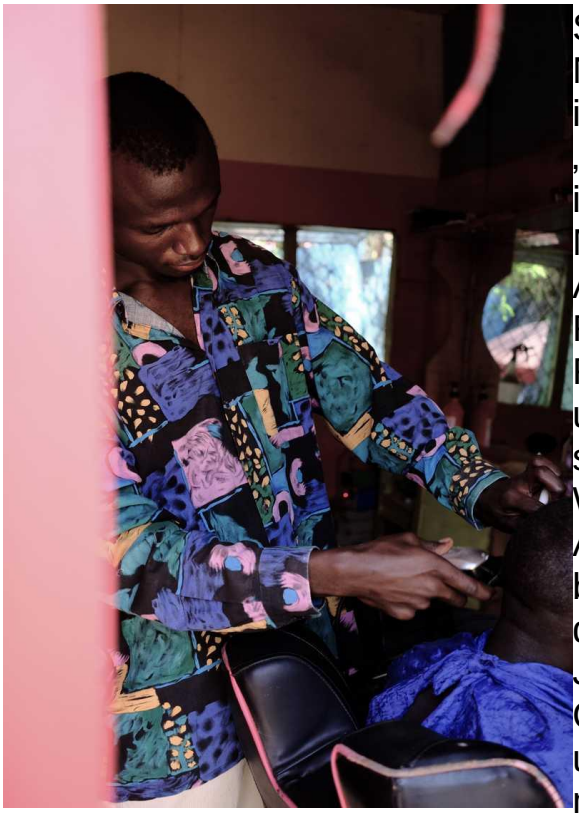
Nachdem Mohammeds Mutter vor ein paar Monaten an Krebs gestorben ist, hat er einige Monate alleine hier gelebt. Erst vor kurzem ist Afeni, seine Freundin, eingezogen. Beide sind Anfang 20, mit dem Studium fertig und hoffen auf einen Job bei einer der Organisationen, die im Lager tätig sind.

„Wir haben das alles selbst gebaut“, sagt Mohammed stolz und öffnet die Tür zu meinem Zimmer. Ein Bodenbelag aus Plastik ist verlegt. Die Wände sind aus dünnen Spanplatten, abgehängt mit blauem Stoff mit Blumenmuster. Ich höre das Radio der Nachbarn und ihre Stimmen, die leise zur Musik summen. Als ich meinen Rucksack ablege, bleibt mein Blick auf einem Poster direkt gegenüber vom Bett hängen: Ein weißer Junge mit Cowboy-Hut ist zu sehen. Er ist sechs, vielleicht sieben Jahre alt. Mit einem breiten Grinsen steht er neben zwei teuren, glänzenden Autos mit deutschem Kennzeichen. Hinter ihm führen Treppen zum Eingang einer Villa, die hell beleuchtet ist. Darüber steht fettgedruckt in roter Schrift: *If you can imagine it you can get it if you believe*. „Ich glaube, wenn ich das jeden Tag lese, dann wird es irgendwann Realität“, sagt Mohammed lachend.

Eine Stadt, die offiziell keine ist

Zum Frühstück gibt es, wie an fast allen Tagen, die ich in Kakuma verbringe, Chai mit Chapati. Ich kaufe mir noch eine Wasserflasche. Dann will mich Mohammed durch Kakuma 1 führen. Es ist der Teil des Lagers, den es am längsten gibt. Mohammeds Vater kam vor fast dreißig Jahren dort an – in der Hoffnung auf ein besseres Leben. In Kakuma hat er dann seine Mutter kennengelernt, erzählt Mohammed. Er ist hier geboren und aufgewachsen, hat das Heimatland seines Vaters nie gesehen.

„Komm, wir gehen zum somalischen Markt“, sagt Mohammed. Wir kommen nur langsam voran. Alle paar Meter bleiben wir stehen, um jemanden zu grüßen. Mohammed kennt hier fast jeden. Die meisten Menschen, denen wir begegnen, sind zu Fuß unterwegs, nur ein paar Motorräder fahren an uns vorbei, vollbeladen mit Maismehl oder Speiseöl. „Ein Motorrad kostet um die 1.500 US-Dollar“, sagt Mohammed, „viele sparen dafür, aber nur die wenigsten können sich am Ende auch eins kaufen.“ Wer es schafft, hat ein sicheres Geschäft. Motorräder sind in Kakuma das wichtigste Transportmittel – für Waren und für Menschen. Eine Taxifahrt kostet zwischen 100 und 200 kenianische Schilling, umgerechnet sind das fast zwei Euro. Viel Geld, das die meisten nicht haben. Zu Fuß ist aber nicht alles erreichbar. Denn das Camp ist weitläufig. Mit dem Motorradtaxi dauert die Fahrt von Kakuma 1 bis Kakuma 4 bei gutem Wetter fast eine halbe Stunde. Wenn die Wege, wie heute, voller Matsch sind, deutlich länger.



Wir biegen links auf eine größere Straße. Das Zentrum von Kakuma 1. Neben einem Geschäft für Sportartikel ist reger Betrieb in einem Frisörsalon. „Im letzten Jahr haben viele Geschäfte im Camp zugemacht“, sagt Mohammed. Grund dafür ist die Ankündigung der kenianischen Regierung, die beiden großen Flüchtlingslager des Landes, Dadaab und Kakuma, bis zum 30. Juni 2022 schließen zu wollen. Das wäre in vier Wochen. Die kenianische Außenministerin Raychelle Omamo begründete die Entscheidung damit, dass man niemanden vertreiben wolle. Jedoch solle niemand über Generationen hinweg an einem derart unsicheren und unwürdigen Ort leben müssen. Man plane gemeinsam mit dem UNHCR, einen Teil der Flüchtlinge in ihre Heimatländer umzusiedeln und anderen eine kenianische Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Es ist nicht das erste Mal: Seit 2016 droht die kenianische Regierung immer wieder die Schließung der Flüchtlingslager Kakuma und Dadaab an, umgesetzt wurden die Pläne bis heute nicht. Trotzdem war der internationale Aufschrei auch im vergangenen Jahr groß: Wohin mit 433.000 Menschen, in deren Heimatländern größtenteils noch immer Krieg herrscht?

Dass die Sorge in Kakuma groß ist, höre ich nicht das erste Mal. Vor ein paar Wochen habe ich eine Textnachricht von einem Bewohner bekommen:

„People are worrying about the closure of the camp. They think day and night about future life.“

Auch mit Ermias habe ich in Nairobi darüber gesprochen. Die Menschen im Camp würden seitdem nicht mehr so viel Geld investieren, seien sparsamer geworden. Die Geschäfte treffe das schwer – auch wenn es aktuell nicht danach aussähe, als würde die Regierung ihre Pläne diesmal umsetzen. Über ein Jahr nach der Ankündigung, das Camp zu schließen, läuft in Kakuma der Alltag weiter. Auf dem somalischen Markt, einem Labyrinth aus vielen kleinen Gängen, reihen sich Stände lückenlos aneinander. Im Schatten der bunten Stoffbanden, die als Sonnenschutz gespannt sind, führt mich Mohammed durch die Straßen. Tupperware stapelt sich auf Kochtöpfen. An Schnüren hängen Teekannen von den Decken. Dazwischen sitzen Schneider an ihren Nähmaschinen, ziehen bunt gemusterten Stoff durch ihre Finger. Ein Metzger verkauft vorportioniertes Fleisch über die Ladentheke. Mohammed spricht die Verkäufer an. Auf Somali. Ich will mit ihnen über die geplante Schließung des Camps reden. Inwiefern die Ankündigungen der Regierung ihr Geschäft beeinflusst. Mohammed versucht immer wieder für mich zu vermitteln. Mal mit weniger, mal mit mehr Erfolg. Immerhin darf ich ein

paar Fotos schießen. Doch mit mir sprechen will niemand. Ich spüre eine tiefe Skepsis, der ich noch häufiger begegnen werde und die mich bei meiner Recherche an meine Grenzen bringen wird. Viele Menschen misstrauen mir. Ich verstehe das. Als weiße Frau komme ich nach Kakuma, stelle Fragen, höre ihnen zu, und doch werde ich am Ende nichts an ihrer Lebensrealität ändern können.

Kakuma: From Harm to Home? *

**Triggerwarnung: Im Folgenden geht es um Suizid und Gewalt.*

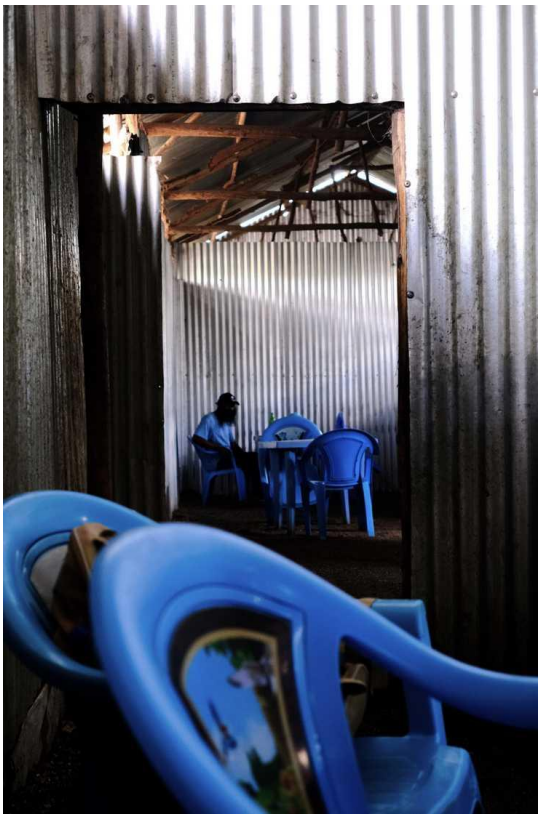
Ein paar Tage später. Ich bin in Kakuma mit Cedric (*Name geändert) verabredet. Ihn habe ich in Nairobi kennengelernt. Bei einer Veranstaltung, zu der auch Bewohner aus Kakuma eingeladen waren. Cedric war einer von ihnen. An dem Abend sitzen wir in einer der angesagten Rooftop-Bars mitten in Nairobi. Wir trinken Bier und Wein, essen vegane Sommerrollen und gedämpfte Teigtaschen mit mariniertem Tempeh. Ein Setting, das so gar nicht zu unserem Gesprächsinhalt passt. Ich erzähle ihm von meiner Recherche, dass ich vorhabe, Kakuma zu besuchen. Als ich ihn frage, ob er das mit dem Brandanschlag mitbekommen hat, nickt er energisch. Er kenne die LGBTIQ+ Community gut, sagt er, wo der Mann ist, der damals schwer verletzt überlebt hat, wisse er allerdings nicht. „Viele Menschen sind verzweifelt in Kakuma“, sagt Cedric. Er zieht sein Handy aus der Hosentasche, scrollt sich durch die Bildergalerie. Bei einem Video stoppt er und drückt auf Play:

Zu sehen ist ein Strommast mitten im Flüchtlingslager. Ein Mann steht ganz oben, direkt unter den Starkstromleitungen. Er hält sich mit der linken Hand am Gerüst fest. Sein Blick ist nach oben gerichtet. Unten am Boden laufen Menschen aufgeregt hin und her. Sie rufen dem Mann etwas zu. Er zeigt keine Reaktion. Dann werden sie immer hysterischer. Der Mann, zwanzig Meter über ihnen, hebt seinen rechten Arm, greift mit einer schnellen Bewegung nach der Hochspannungsleitung. Ein helles Licht leuchtet auf. Ein, zwei Sekunden, nicht mehr. Stille. Dann fällt der leblose Körper in die Tiefe, prallt ungebremst auf den Boden. Das Video verwackelt, bevor die Aufnahme endet.

Kakuma 3

In Kakuma will mich Cedric an den Ort mitnehmen, wo der tödliche Brandanschlag auf die queere Community passiert ist und wo auch er selbst wohnt: Kakuma 3. Er holt mich morgens bei Mohammed und Afeni mit einem Motorrad ab, das er sich von einem Bekannten geliehen hat. Cedric sitzt vorne, ich hinten. Wir fahren los – ohne zu wissen, ob überhaupt jemand bereit ist, mit mir vor dem Mikrofon zu sprechen. Auf Anfrage teilt mir *UNHCR* mit, im Lager leben momentan 300 queere Menschen. Die Community selbst spricht von mehr als 1000. Ob ich sie finden werde? Wir fahren zunächst über die asphaltierte Straße, die zur südsudanesischen Grenze führt. Nach zehn Minuten biegen wir scharf rechts ab, folgen einer schmalen Reifenspur im Sand. Mehrere Fußballmannschaften trainieren in orangen und blauen Trikots auf der weitläufigen Freifläche.

Wir fahren durch eine Lücke im Zaun. „Hier beginnt Kakuma 3“, sagt Cedric, während wir in einem Labyrinth aus Wellblechhütten



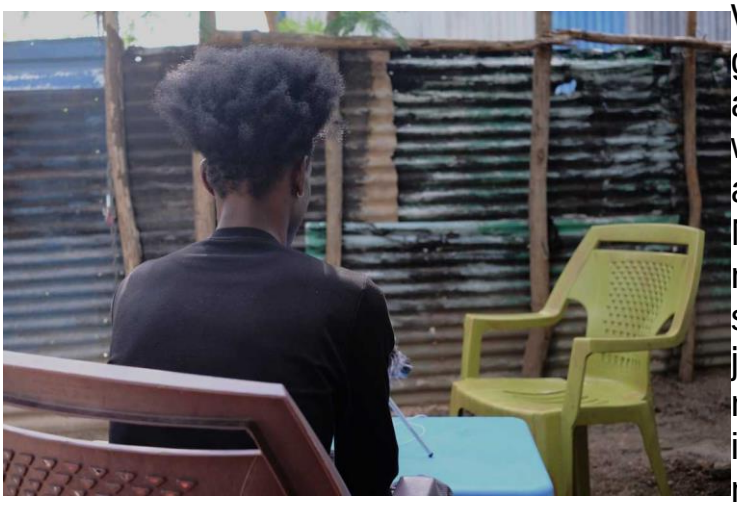
verschwinden. Ich sehe Schulkinder in Uniform, mit Trillerpfeifen um den Hals und blauen Unicef-Rucksäcken. Kurze Zeit später sehe ich tausende Holzkreuze aus dem sandigen Boden ragen. Der Friedhof grenzt unmittelbar an das Krankenhaus. „Wir haben hier alles“, ruft mir Cedric zu. Der Fahrtwind trägt seine Worte nach hinten zu mir: „Hier werden wir geboren und hier sterben wir auch.“ Er zeigt nach rechts auf eine Reihe von zerstörten Häusern. Die Wellblechdächer sind in sich zusammengefallen. Verkohlte Holzleisten liegen darunter. „Das ist Block 13“, sagt Cedric, „in den Häusern wurden meine Freunde und Freundinnen angezündet.“ Ich habe kaum Zeit die Bilder in meinem Kopf abzuspeichern. Zu schnell rauschen wir mit dem Motorrad daran vorbei.

Zehn Minuten später halten wir an. Mitten am Dafur Markt, einer Straßenkreuzung mit Geschäften, Restaurants und Gemüseständen. Wir parken das Motorrad vor einem Shop, wo die Bewohner ihr Handy zum Laden abgeben können, wenn der Akku leer ist. Wir gehen in das Haus daneben, dessen Wellblech knallgrün angemalt ist.

Über dem Eingang steht: Edriss Sons Hotel. Es ist das Stammrestaurant von Cedric. Wir setzen uns an einen der blauen Plastiktische mit farblich passenden Stühlen, bestellen Injera, das säuerliche äthiopische Fladenbrot mit Fleisch und Soße, dazu frischen Mangosaft, abgefüllt in Fanta-Flaschen aus Glas. Cedric zieht sein Handy aus der Hosentasche und beginnt zu telefonieren. Mehr als drei Stunden rufen wir unzählige seiner Freunde und Bekannte an, hoffen darauf, dass jemand mit mir sprechen will. Mittlerweile sitzen wir in einer Bar nebenan, trinken eisgekühlte Cola, als plötzlich Cedrics Handy klingelt. Daniel (*Name geändert) will mit mir reden. Ein Mann aus dem Sudan.

Sie hassen uns

Daniel wohnt in Kakuma 2, etwa zehn Minuten mit dem Motorrad vom Dafur Markt entfernt. Als wir dort ankommen, öffnet er das Tor. Er ist schmal, sehr schmal sogar, trägt eine graue Jogginghose, dazu einen schwarzen Longsleeve. Seine Ohrlöcher sind gepierct, an fast jedem Finger blitzen silberne Ring auf. Ich setze mich mit ihm hinter das Haus, außer Hörweite der anderen. Es leben noch zwei Männer, zwei Frauen und ein Kleinkind auf dem Grundstück mit den zwei Hütten und dem Wellblechzaun. Er sei dort geduldet, sicher fühle er sich aber nicht, erzählt er, während ich das Mikrofon aufbaue. In seiner Nachbarschaft wüsste niemand, dass er schwul ist, sagt Daniel. Noch nicht jedenfalls. „Ich gehe nicht mehr nach draußen. Sobald ich das Haus verlasse und meine Nachbarn sehen, wie ich mich verhalte, wie ich spreche, und wie ich mich kleide, dann checken die doch sofort, dass ich schwul bin. Die würden dann nicht lange rummachen, sondern mich sofort angreifen.“ Seit drei Monaten habe er



das Grundstück nicht mehr verlassen, sagt er mit zitternder Stimme, zu viele Angriffe hätte er schon erleben müssen.

Daniel ist vor zehn Jahren aus dem Sudan nach Kakuma gekommen. „Meine Eltern haben mich verstoßen, als sie herausfanden, dass ich schwul bin.“ Er war damals noch ein Kind, war ab dem Zeitpunkt auf sich alleine gestellt. Als ihm ein Bekannter von Kakuma erzählt, entscheidet er zu fliehen. Denn dort soll es kostenloses Wasser und Essen geben. Außerdem ist Kenia in der Region das einzige Land, das Menschen Zuflucht gewährt, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung aus ihrem Heimatland fliehen müssen. „Ich dachte, ich könnte in Kenia in Sicherheit leben, dass es mir in dem Camp bessergehen würde. Ich wusste damals nicht, dass alles anders kommen wird. Ich hatte die Hoffnung, dass ich dort irgendwann studieren kann und alles gut werden wird.“

Als Daniel in Kakuma ankommt, hat er nichts bei sich. Kein Geld, keine Ausweisdokumente, keine Geburtsurkunde. Wie alt er ist, kann er *UNHCR* nicht sagen. Sie schätzen ihn auf 15. Weil er noch minderjährig ist, muss er mit einem anderen Mann zusammenziehen, der ein paar Jahre älter ist. Beide kommen aus dem Sudan. Sie sprechen die gleiche Sprache und freunden sich an. „Zwei oder drei Jahre später fand er heraus, dass ich schwul bin. Er sagte, es sei beschämend für ihn, mit einem Schwulen zusammen zu wohnen. Gemeinsam mit seinen Freunden hat er mich dann aus dem Haus gejagt.“ Seine Dokumente bleiben im Haus zurück. Ohne Papiere kann er sich weder ausweisen, noch kann er seine monatlichen Grundnahrungsmittel abholen, die *UNHCR* verteilt.

Schlimmer als Zuhause

Ein paar Monate später. Es ist die Silvesternacht. Auf den Straßen Kakumas wird gefeiert. Auch Daniel ist mit einem Freund unterwegs. Plötzlich spürt er, wie er an seinem Gürtel gepackt wird. Eine Gruppe Männer zieht ihn zu Boden. Sie brechen ihm den linken Arm, schlagen mit einer Eisenstange auf seinen Rücken ein. Er verliert irgendwann das Bewusstsein. Seine Verletzungen hat er mit dem Handy dokumentiert. Er zeigt mir Fotos. Auf einem ist er von hinten zu sehen. Das rote T-Shirt ist hochgezogen. Sein Rücken ist übersät mit roten blutigen Striemen, die Haut ist an vielen Stellen aufgeplatzt. Geld, um ins Krankenhaus zu gehen, hat er damals nicht sofort. Erst Wochen später kann er sich behandeln lassen. Er habe den Vorfall damals an *UNHCR* gemeldet, sagt er, doch es sei nie etwas passiert. Die Angreifer seien noch immer auf freiem Fuß. Ihm wurde angeraten, sich in Zukunft bedeckter zu verhalten, seine Homosexualität nicht offen zu zeigen. „*You should keep a low profile*“ soll ein *UNHCR*-Mitarbeiter zu ihm gesagt haben. Er solle sich bedeckt halten. Überprüfen kann ich das nicht. Es ist aber ein Satz, den ich in etlichen weiteren Interviews genau so wieder hören werde.

„Wie willst du etwas verstecken, das du im Blut hast?“ fragt Daniel mit zittriger Stimme. „In meinem Heimatland wurde über mich geredet, ich wurde beleidigt, und ich wurde bespuckt. Aber damals war ich noch jung. Die Menschen haben sich nicht getraut, ein Kind anzugreifen. Aber hier ist es schlimmer. In Kakuma versuchen sie mich zu erledigen. Ich habe mein Leben aufgegeben. Ich hatte so viele Träume, aber heute habe ich nichts mehr.“ Ihm laufen Tränen über die Wangen. Er vergräbt sein Gesicht in den Händen und murmelt: „Auf dem afrikanischen Kontinent habe ich als schwuler Mann keine Daseinsberechtigung.“

Homophobie, ein koloniales Erbe

In seinem Heimatland wurde die Todesstrafe für gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen erst vor zwei Jahren abgeschafft. Lange nachdem er fliehen musste. Trotzdem würde ihm im Sudan auch heute noch eine lange Gefängnisstrafe drohen. Nach Angaben der *International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, and Intersex Association (ILGA)* waren im Jahr 2020 in insgesamt 32 von 54 afrikanischen Ländern gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen illegal. Das war nicht immer so, wie mir Irungu Houghton, der Direktor von *Amnesty International Kenya*, erzählt:

> *„Es gibt viele Zeugnisse und historische Aufzeichnungen, die belegen, dass bestimmte Handwerke, bestimmte Berufe in der Gesellschaft vermehrt von homosexuellen Menschen ausgeübt wurden. Zum Beispiel Wunderheiler in den 1920er Jahren. Das waren Männer, die zusammenlebten. Aber sie lebten etwas abseits von der Gemeinde. Sie waren die Ärzte jener Zeit. Die Gemeinschaft wusste immer, dass sie etwas anders waren, aber sie akzeptierten sie, weil sie einen sozialen Zweck hatten und das Recht auf Privatsphäre in einer kommunalen Gesellschaft ebenfalls respektiert wurde.“*

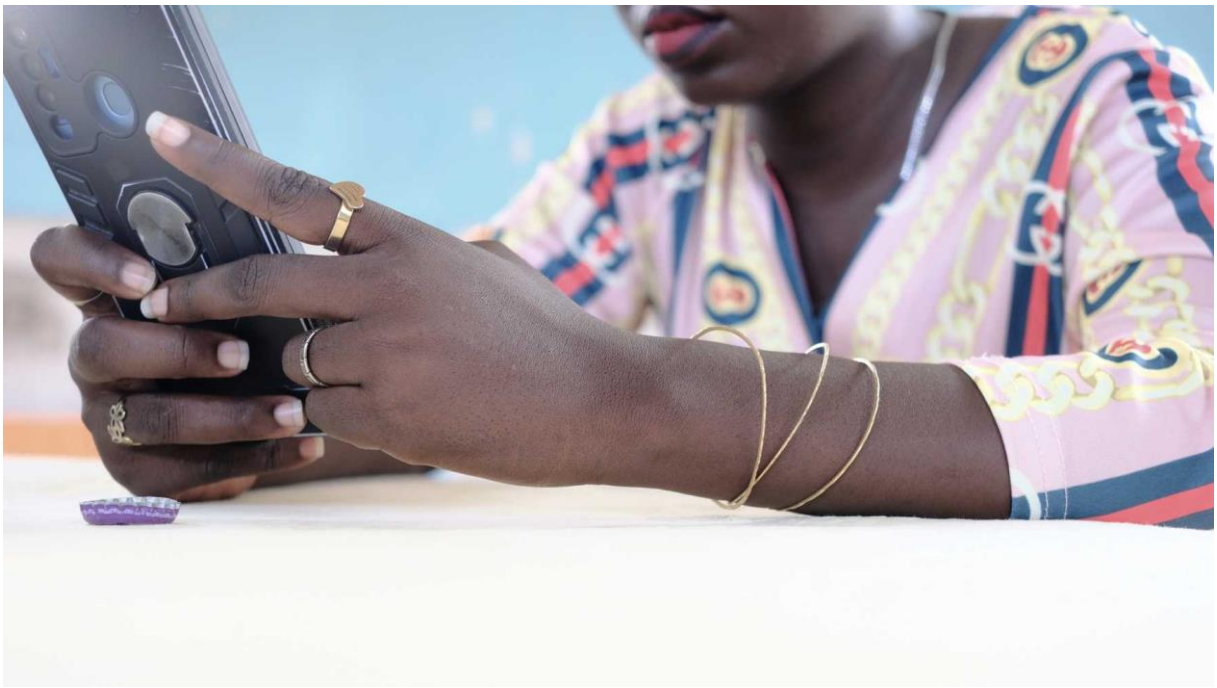
Erst unter der Kolonialherrschaft wurde Homosexualität in vielen afrikanischen Ländern unter Strafe gestellt. Trotz Unabhängigkeit bestehen und gelten die Gesetze in vielen Teilen des Kontinents noch heute. Auch Kenia hält an der Gesetzgebung aus der Kolonialzeit fest, die dem Land 1897 unter britischer Kontrolle auferlegt wurde. Laut Paragraf 162 im Strafgesetzbuch ist Geschlechtsverkehr „gegen die Ordnung der Natur“ eine Straftat, die mit bis zu 14 Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Weiter heißt es in Paragraf 165, dass „unsittliche Handlungen zwischen Männern“ mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden kann.

2019 erklärte der Oberste Gerichtshof, die Gesetze aus der Kolonialzeit seien noch immer rechtmäßig. In der Urteilsbegründung heißt es, die Gesetze schützen Ehe und Familie. Ein Schlag für all jene, die sich seit Jahren für die Entkriminalisierung einsetzen. Auch für Irungu Houghton von *Amnesty International Kenya*:

> *„Leider hatten wir nach mehreren Jahren der Verzögerung eine erste Antwort der Justiz, dass sie diese beiden Artikel aufrechterhalten würden, was für viele Menschen innerhalb der LGBTIQ+ Community wirklich eine große Enttäuschung war. Und für viele von uns, die sich als heterosexuell bezeichnen, war es auch eine Enttäuschung. Das sind Gesetze, die wirklich bis in die 1940er Jahre zurückreichen und nicht mehr Teil des Gesetzesbuches im Vereinigten Königreich sind, aus dem die Gesetze stammen und den Kenianern aufgezwungen wurden. Es ist wirklich ein veraltetes Kolonialgesetz, dass das Recht auf Liebe im Grunde kriminalisiert.“*

Konservatives Turkana

Ich bin mit Princess verabredet. Es ist nicht ihr echter Name. Auch sie will unerkannt bleiben. Ich treffe sie zum Mittagessen in einem Restaurant in Kakuma Town. Sie ist Kenianerin und arbeitet für die Organisation *Upper Rift Minorities*, kurz *URM*, die sich für die LGBTI-Community in Turkana einsetzt. Ich will von ihr wissen, wie sie das gesellschaftliche Klima in Kenia, insbesondere in Turkana, einschätzt. Inwiefern sind die Moralvorstellungen aus der Kolonialzeit bis heute in der Gesellschaft verfestigt?



Princess ist Teil des Sicherheitsteams der Menschenrechtsorganisation und ist zuständig für Kakuma Town und das Flüchtlingslager. „Ich werde kontaktiert, wenn Mitglieder der LGBTI-Community angegriffen, erpresst oder bedroht werden“, erklärt sie. Dann gehe sie zur Polizei, erstatte Anzeige und stelle sicher, dass der Fall von den kenianischen Behörden weiterverfolgt wird. Das sei nicht selbstverständlich. Viele Polizisten seien noch immer homophob, sagt sie. Vor ein paar Jahren sei sie von ihren Nachbarn zusammengeschlagen worden. „Als ich bei der Polizei ankam, waren meine Nachbarn auch schon da. Sie sagten zum Polizisten: Sie ist eine Lesbe.“ Der habe den Fall daraufhin nicht aufgenommen: „Er hat zu mir gesagt, wir tolerieren dich nicht. Ich habe geblutet, aber sie haben mich einfach davongejagt.“ Nach dem Vorfall sei sie umgezogen, erzählt sie. Sowieso bleibe sie nie länger an einem Ort. „Ich bin nie lange an einem Ort“, erzählt sie, „sobald ich mich unwohl fühle, fahre ich nach Lodwar oder Nairobi.“ Dort bleibe sie dann für ein, zwei, manchmal drei Wochen, bis sie zurück nach Kakuma fährt.

Was sie genau bei URM arbeitet, wissen in Kakuma nicht viele. Aus Sicherheitsgründen halten sich alle Mitarbeitenden bedeckt. Es sei eine Organisation, die sich für Menschenrechte einsetzt. Das transportieren sie nach außen. Doch das klappe nicht immer. Sobald sie sich als LGBTIQ+ zu kennen geben, sind sie Anfeindungen ausgesetzt. Erst vor kurzem wurde das Büro in Lodwar nachts angezündet. Daraufhin hätten sie ihre Webseite und alle Social-Media-Kanäle gelöscht. Informieren können sich Betroffene seitdem online nicht mehr. „Die kenianische Gesellschaft ist noch immer homophob“, sagt Princess. In Städten sei es in den letzten Jahren besser geworden, aber in ländlichen Regionen wie Turkana seien die Menschen noch sehr konservativ. Immer wieder komme es auch zu tödlichen Angriffen. Im April 2022 wurde die 25-jährige Sheila Lumumba

von einer Gruppe von Männern brutal vergewaltigt, bevor sie von ihnen getötet wurde. Auf Twitter löste der Tod unter dem Hashtag #JusticeForSheila eine Welle des Entsetzens aus. Die *National Gay and Lesbian Human Rights Commission (NGLHCR)* schreibt in einem Tweet, der Mord an Sheila sei kein Einzelfall in Kenia:

Okwara Masafu arbeitet als Anwältin für *NGLHCR*. Ich treffe sie ein paar Wochen nach meinem Besuch in Kakuma in ihrem Büro in Nairobi. Die Organisation dokumentiert Menschenrechtsverletzungen gegen LGBTI in Kenia. Sie war auf dem Begräbnis von Sheila Lumumba. „Das war im westlichen Teil des Landes", erzählt sie, „einer ländlichen Gegend. Wir mussten für die queere Trauergemeinschaft einen Sicherheitsdienst organisieren." In informellen Siedlungen und ländlichen Regionen sei noch kaum Bewusstsein und Verständnis geschaffen worden:

> *"Akzeptanz hat hier leider auch viel mit der sozialen Frage zu tun. Denn als queere Person, die offen als lesbische Frau lebt, kann ich nur in bestimmten wohlhabenden Regionen oder in der Vorstadt existieren. Da gibt es dieses Bewusstsein, dass queere Menschen ganz normale Menschen sind, wie jeder andere auch."*

Es hätte sich in den letzten Jahren aber auch viel getan, sagt sie. „In der Vergangenheit haben sich berühmte Musiker niemals öffentlich zu ihrer Homosexualität bekannt." Sie spricht von dem Sänger Willis Austin Chimano. Er ist Teil von Sauti Sol, einer der erfolgreichsten kenianischen Bands. 2021 outete er sich öffentlich und wurde dafür von der Community gefeiert. Sie erzählt mir außerdem, wie schwierig es lange Zeit für Organisationen war, sich mit einem Namen registrieren zu lassen, der die Wörter schwul oder lesbisch beinhaltete. „Es wurde einem geraten, sich

nur mit den Initialen zu registrieren, wenn man keinen Ärger mit der Regierung wolle“, sagt Okwara Masafu. *NGLHCR* klagte vor ein paar Jahren. Der Oberste Gerichtshof entschied 2015 zu ihren Gunsten. Gruppen, die sich für die Rechte von LGBTIQ+ einsetzen, können sich seitdem formal als Organisation registrieren lassen. *Human Rights Watch* sprach von einer bahnbrechenden und zukunftsweisenden Gerichtsentscheidung, die für Veränderung gesorgt hat: Waren 2011 nur dreißig Organisationen registriert, sind es heute mehr als achtzig, sagt Okwara Masafu. „Es gibt eine Menge Veränderungen, die passieren. Diese Veränderungen machen die Opposition nervös. Aber gleichzeitig gibt es immer noch viel Homophobie, die von der politischen Klasse gesponsert wird.“

Staatlich geförderte Homophobie

Raila Odinga und William Ruto, die sich bei der Präsidentschaftswahl im August 2022 ein Kopf-an-Kopf-Rennen lieferten, sind in der Vergangenheit immer wieder mit homophoben Äußerungen aufgefallen. Raila Odinga drohte 2010 damit, Schwule und Lesben verhaften zu wollen. Damals war er Ministerpräsident. Fünf Jahre später äußerte der damalige stellvertretende Präsident William Ruto während eines Gottesdienstes, für Schwule sei in Kenia kein Platz: „Kenia ist ein Land, das Gott verehrt. Wir werden Homosexualität in unserer Gesellschaft nicht gestatten.“ Bereits 2013 zitierte er in einer Live-Sendung im staatlichen Fernsehen eine Bibelstelle mit den Worten: „Sie müssen die Bibel richtig lesen. Darin werden Schwule mit einem minderbemittelten Tier gleichgesetzt: dem Hund.“ Und auch im diesjährigen Wahlkampf betonte er immer wieder seine Nähe zur Kirche. Mit seinem Sieg fürchtet die LGBTI-Community die Fortführung einer Politik, deren Werte geprägt sind vom kolonialen Erbe und christlichem Fundamentalismus. „Er verstärkt Homophobie. Er legt den Grundstein für tätliche Angriffe“, sagt Okwara Masafu, „wenn ein Politiker sich immer wieder so äußert, dann werden seine Worte für viele zur Wahrheit. Das führt zu Menschenrechtsverletzungen, weil LGBTI zur Zielscheibe werden.“

Auf die Betroffenen haben die noch immer vorherrschenden Vorurteile aus der Kolonialzeit bis heute Auswirkungen: Laut Okwara Masafu

erreichen *NGLHRC* viele Anfragen von Menschen aus dem Großraum Nairobi, die zu sogenannten Konversionstherapien gezwungen werden. Die Familien der Betroffenen seien meist sehr religiös, sagt sie. Ähnliche Ergebnisse lieferte eine Recherche, die 2021 von der Medien-Plattform *openDemocracy* veröffentlicht wurde. Sie haben mehr als fünfzig Überlebende von sogenannten Konversionstherapien in Kenia, Tansania und Uganda interviewt. Die meisten von ihnen wurden von Familienmitgliedern dazu gezwungen. Betroffene aus Kenia erzählten von Elektroschockern und Hormonen, die verabreicht wurden, damit sie männlicher aussehen.

Auch Princess erzählt mir am Ende unseres Gesprächs in Kakuma von ihrer ganz persönlichen Erfahrung damit. Sie kommt aus einer katholischen Pastoren-Familie. Als ihr Vater damals herausfindet, dass sie lesbisch ist, informiert er die Kirchenvorsteher aus Kakuma. „Jeden Tag kamen irgendwelche religiösen Führer zu uns nach Hause. Ich musste mich auf die Couch setzen und sie beteten für mich.“ Heute trägt Princess einen Hijab. Sie ist damals zum Islam konvertiert. „Die Bevölkerung in Turkana, die Geflüchtete aufnimmt, lehnt LGBTIQ+ größtenteils ab“, sagt auch Okwara Masafu. In einer sehr konservativen und traditionellen Gesellschaft hätten es queere Geflüchtete besonders schwer:

> *„Die Lager selbst sind sehr homophob und es sind Orte, an denen die Gastgeber, die Turkana, ihre Normen und Überzeugungen haben, die LGBTIQ+ Personen schaden. Wenn also queere Menschen oder Transfrauen, Transmänner in diesen Regionen sind, gibt es viele Angriffe. Wir hatten Fälle von Mord, körperliche Übergriffe, Vergewaltigung, strafbare Vergewaltigung. Die Liste ist endlos.“*

Das Essen reicht nicht aus

Zurück im Flüchtlingslager. Es ist zehn Uhr morgens. Mal wieder sitze ich mit Cedric auf dem Motorrad. Wir sind auf dem Weg zu Robert. Auch

seinen Namen habe ich geändert. Er hat mich zu sich nach Hause eingeladen. Einmal im Monat verteilt er Lebensmittel, die mit Spendengeldern finanziert sind, an die queere Community. Ich bin gespannt, wie groß der Andrang ist. Denn immer wieder habe ich gehört, dass vor allem LGBTIQ+ kaum oder gar keinen Zugang zu Essen und Trinken im Camp haben. Vor allem an den Wasserstellen und bei den offiziellen Essensausgaben der Hilfsorganisationen seien die Anfeindungen besonders schlimm. Jobs, um sich Geld dazuzuverdienen, hätte kaum jemand.

NGLHCR bestätigt das. Die Organisation erreichen unzählige Anfragen von Betroffenen, die auf Unterstützung hoffen, sagt Okwara Masafu.

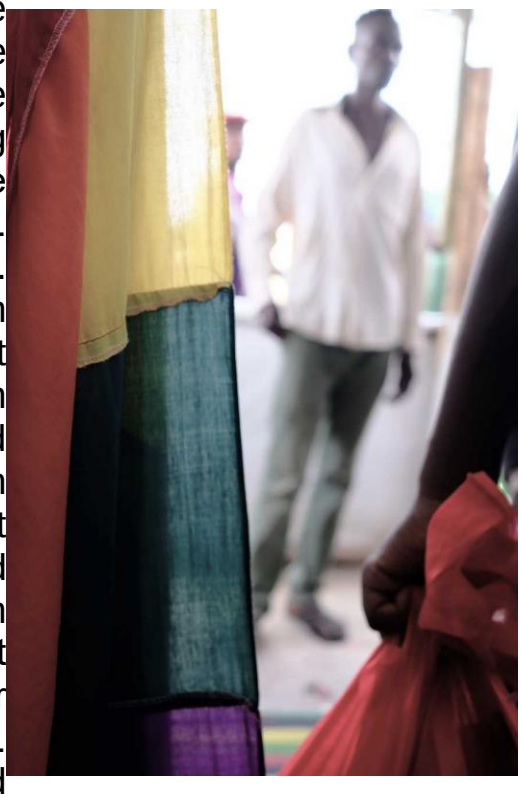
Als wir in den schmalen Weg einbiegen, der zu Roberts Grundstück führt, kommen uns immer mehr Menschen entgegen. Mit roten und grünen Stoffbeuteln in der Hand laufen die Männer mit schnellen Schritten an uns vorbei. Wir hupen, dann geht das Tor auf. Vor der Wellblechhütte drängeln sich fünfzig, vielleicht sechzig Männer. Die Stimmung ist angespannt. Niemand will mit leeren Händen nach Hause gehen.

Ich entdecke Robert. Vor einer Pride-Flagge verteilt er eine Tüte nach der anderen. Claire, eine Freundin von ihm und selbst Aktivistin, die auch öffentlich auftritt, unterstützt ihn dabei. Mit einem Klemmbrett in der Hand steht sie da, umringt von Menschen, die wissen wollen, ob sie auf der Namensliste stehen. Denn eins wird mir schnell klar: Es sind mehr Menschen da als es Tüten gibt. „Wir haben insgesamt achtzig Lebensmittelpakete vorbereitet“, sagt Robert, „das wird aber nicht reichen.“ Ich will wissen, was in den Tüten ist. „Reis, Bohnen, Zwiebeln, Mehl, Tomaten, Salz und Zucker“, antwortet er, „eigentlich verteilen wir auch Speiseöl. Aber die Preise dafür sind momentan zu hoch. Wir können uns das mit den Spendengeldern nicht leisten.“ Seit dem Krieg in der Ukraine sind die Lebensmittelpreise in Kenia in die Höhe geschossen. Nach Angaben des *Kenya National Bureau of Statistics (KNBS)* kostet ein Liter Speiseöl im Juni 2022 fast 400 kenianische Shilling, umgerechnet sind das knapp über drei Euro. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Preis fast verdoppelt.

Robert ist seit über drei Jahren in Kakuma. Ursprünglich kommt er aus Uganda. Seine Muttersprache Luganda kann er im Camp nicht mehr sprechen. Ansonsten wüssten alle sofort, dass er LGBTIQ+ ist. „In Kenia wissen die Leute, dass in Uganda kein Bürgerkrieg herrscht“, sagt Okwara Masafu von *NGLHCR*, „sie haben schon mal von den dortigen Anti-Homosexuellen-Gesetzen gehört. Deswegen wissen sie, dass Menschen, die aus Uganda fliehen, queer sind. In Kakuma musste Robert wegen Anfeindungen schon mehrmals umziehen. Da wo er jetzt wohnt, hält er sich deswegen bedeckt: „Within this block, I had to lie. May God forgive me. I had to lie to the block leader that I'm not LGBTI, so that's why I was given this place. If I told him that I am a gay, I could not get this place.” Um zu verhindern, dass seine unmittelbaren Nachbarn misstrauisch werden, verteilt er auch an sie Essenstüten. Das funktioniere bislang gut, aber sicher fühle er sich trotzdem nicht. „Keine LGBTIQ+ Person ist in Kakuma jemals sicher“, sagt er. An UNHCR hat er deshalb eine klare Forderung:

„Was ich von UNHCR *verlange? Sie sollen zu uns kommen und mit uns reden. Es ist ihr Auftrag, uns zu helfen, uns beizustehen. Es ist*

kein Befehl, es ist eine Bitte, und doch ist es ihr Mandat. Helft uns wenigstens einen Ort zu finden, wo wir sicher sein können.“



Nachdem alle Tüten verteilt sind, setze ich mich mit Claire in den Schatten. Wie Robert kannte auch sie die Person gut, die vor einem Jahr bei einem Brandanschlag starb. „Wir haben damals unsere Schwester Trinidad verloren“, sagt Claire. Sie holt ihr Handy aus der Hosentasche. Das sei circa einen Monat vor dem Brandanschlag auf Trinidad passiert, sagt sie, bevor sie das Video startet: Ein Mann ist zu sehen. In schwarzer Hose und braunem Unterhemd. Er ist umgeben von Frauen und Kindern, zeigt mit ausgestrecktem Arm auf Freundinnen und Freunde von Claire. Die Gruppe steht im direkt gegenüber. „Wir haben keine Angst vor der Polizei“, sagt er immer wieder. „Ihr solltet euch schämen“, ruft er ihnen zu. Seine Stimme wird aggressiver, während Claires Bekannte mit ruhiger Stimme versuchen, ins Gespräch zu kommen. „Hört auf mit mir zu reden!“ höre ich ihn sagen. Seine Stimme wird fester, dunkler, die Wut ist deutlich zu hören. Was er dann sagt, wird wenige Wochen später tatsächlich passieren. Doch zu dem Zeitpunkt ahnt das noch niemand:

I will burn you alive.

I will burn you alive.

I will burn you alive.

„Wir dachten, er macht einen Spaß“, sagt Claire. Aber etwa einen Monat später wacht sie mitten in der Nacht auf. Es ist der 15. März 2021. Zu dem Zeitpunkt schläft sie aus Sicherheitsgründen mit fünf, sechs anderen LGBTIQ+ auf dem gleichen Grundstück. So könnten sie sich besser gegen Angreifer wehren, glauben sie. Denn sie wurden schon öfter attackiert, wenn es dunkel ist. Bislang kamen sie immer verletzt, aber lebendig davon. Doch in dieser Nacht kommt alles anders. Plötzlich schreckt Claire auf. Sie hört einen lauten Knall. „Es war, als ob eine Flasche Benzin einfach so explodiert“, erinnert sie sich. Die Gruppe schläft zu dem Zeitpunkt draußen, nebeneinander aufgereiht auf Strohmatten am Boden. Nur die Kinder schlafen im Haus. Das Feuer breitet sich rasend schnell aus. Claire springt auf und versucht, sich in Sicherheit zu bringen. Auch Robert erinnert sich: Er hat in dieser Nacht woanders geschlafen, erzählt er, aber ganz in der Nähe:

> *„Ich habe geschlafen. Es war ungefähr zwei oder drei. Plötzlich habe ich Leute gehört, die Alarm schlugen. Sie schrien: Sie werden verbrannt. Alles, woran ich mich noch erinnern kann, ist seine Stimme gehört zu haben. Eine Stimme, die mir sehr vertraut war.“*

Die Stimme ist von Trinidad. Er überlebt den Brandanschlag nicht. Jeffrey (*Name geändert) überlebt schwer verletzt. Die Täter wurden bis heute nicht gefasst. Die LGBTIQ+ Community lebe seitdem nicht mehr gemeinsam in einer Nachbarschaft. *UNHCR* habe alle queeren Menschen auf die vier Siedlungen verteilt, sagt Claire. Auf Anfrage bestätigt mir das *UNHCR*: „LGBTIQ+ werden in die Gemeinschaft integriert und leben nicht in einem bestimmten Bereich des Flüchtlingslagers", heißt es in der schriftlichen Antwort. So soll für mehr Sicherheit gesorgt werden: „Aufgrund früherer Erfahrungen ist *UNHCR* der Ansicht, dass LGBTIQ+-Geflüchtete und Asylsuchende am besten durch die Integration mit anderen im Lager lebenden Flüchtlingsgemeinschaften gedient ist. Tatsächlich gibt es viele Flüchtlinge mit diesem Profil, die friedlich zusammenleben und in relativer Sicherheit und Geborgenheit leben konnten. Insgesamt hat sich die Situation im Jahr 2022 verbessert, ohne dass nennenswerte Vorfälle von LGBTIQ+ Geflüchteten und Asylsuchenden gemeldet wurden."

Die Zahl der gemeldeten Übergriffe geht tatsächlich zurück. Die Strategie scheint aufzugehen – auf den ersten Blick jedenfalls. Was mir Claire dann erzählt, deckt sich mit dem, was mir auch Daniel schon ein paar Tage zuvor gesagt hat:

„*UNHCR* told us to keep a low profile."

Sie sollen sich möglichst unauffällig verhalten, ihre sexuelle Orientierung nicht zeigen; oder anders formuliert: unsichtbar sein. "Wir haben es versucht, wir haben es versucht, wir haben es versucht, aber ich stelle Ihnen eine Frage: Wenn sie dir sagen, dass du unauffällig bleiben und dich mit Menschen integrieren sollst, von denen du gesehen hast, wie sie deine Freunde geschlagen und getötet haben. Wirst du das Akzeptieren, dich in diese Gemeinschaft zu integrieren? In eine Gemeinschaft, die bereit ist, dein Leben zu beenden? Das geht nicht, aber dazu zwingen sie uns", sagt Claire.

Bei *NGLHCR* melden sich viele Betroffene deswegen, sagt Okwara Masafu. Für sie ist die Strategie von *UNHCR*, queere Geflüchtete in die Gemeinschaft zu integrieren, ein großer Fehler:

„Im Wesentlichen sagt UNHCR diesen Menschen: Existiere nicht als menschliches Wesen, weil es anderen Leuten unangenehm sein wird. Es ist eine Verletzung der Menschenwürde. Ich denke, dieser Prozess funktioniert nicht gut. Was es braucht, ist Schutz. Es muss Richtlinien geben. Es muss Sanktionen geben, wenn jemand erwischt wird, der das Leben eines anderen gefährdet, weil er sich unwohl fühlt, wenn jemand eine andere Person töten will, weil sie sich unwohl fühlt. Punkt. Und das muss gesehen werden, denn dieser Ansatz an sich ist fatal und fehlerhaft, weil UNHCR den Status quo fördert.“

Ein Safe House, das keins ist

Ich fahre zurück nach Nairobi. Claire hat mir die Handynummer von Jordan gegeben. Ich will von ihm hören, wie es ihm in den Wochen und Monaten nach dem Brandanschlag ergangen ist. Es ist ein Donnerstag, als ich an den Stadtrand Nairobis fahre. Dort ist Jordan in einem sogenannten *Safe House* untergebracht. Das Haus liegt in einer ruhigen Nachbarschaft, abseits der großen Straßen. Er lebt dort zusammen mit anderen queeren Geflüchteten. Sie alle haben ein „*urban permit*“, eine offizielle Genehmigung, dass sie als Geflüchtete in der Stadt leben dürfen.

Jordan holt mich vor einer Schule an der Hauptstraße ab. Er trägt Shorts und Badeschlappen. Die Verbrennungen auf seinen Füßen und Beinen sind nicht zu übersehen. Wir biegen mit schnellen Schritten in eine Seitenstraße ab. Bis auf ein paar Straßenshops gibt es hier nicht viel. Ein paar Hühner kreuzen unseren Weg, die Vögel zwitschern. Jordan spricht sehr leise, er schaut nicht nach rechts oder links. Sein Blick ist die ganze Zeit nach unten gerichtet. Mit seiner rechten Hand umklammert er sein Handy. So als ob er jederzeit damit rechnet, Hilfe rufen zu müssen. Als wir vor einem pastellblauen Eisentor stehen bleiben, öffnet er ein einfaches Vorhängeschloss.

Ich bin verwundert: Wieso gibt es hier keinen Sicherheitsdienst?

Wir setzen uns vor das Haus in den Schatten. Ich merke, wie sich Jordan langsam entspannt. Seine Stimme wird lauter. Wir schauen uns jetzt direkt an, wenn wir miteinander sprechen. Seit einem halben Jahr wohnt er hier. Davor hat er zehn Monate im Krankenhaus verbracht. „Als ich hier eingezogen bin, konnte ich wegen den Schmerzen nicht laufen oder sitzen“, erzählt er. Mittlerweile geht es ihm besser. Trotzdem nimmt er täglich noch Schmerztabletten. Auf dem Plastiktisch, an dem wir sitzen, liegt ein Stapel mit Unterlagen. Es sind alles Dokumente, die belegen, was ihm passiert ist. Fotos, Krankenhausberichte, E-Mailverläufe mit *UNHCR*. Er reicht mir ein Blatt nach dem anderen. „Ich kenne das Mandat von *UNHCR*“, sagt Jordan, „ich dachte, ich wäre in sicheren Händen. Ich habe gehofft, sie würden mich beschützen. Das hatten sie mir bei der Registrierung versprochen.“ Ich frage, wie er die Realität beschreiben würde. „Es ist das Gegenteil, das totale Gegenteil von dem, was sie gesagt haben.“

Jordan ist 2019 aus Uganda geflohen. Er hat dort soziale Arbeit studiert. Danach nimmt er einen Job bei einer Organisation an und reist immer wieder nach Somalia zur Arbeit. Damals verdient er gut, umgerechnet 1.000 Dollar im Monat. Auf dem Rückweg verbringt er oft ein paar Nächte in Nairobi, wohnt in den wohlhabenden Vierteln der Stadt. In Westlands, oder Lavington, Stadtteile, in denen es hippe, schwulenfreundliche Bars gibt. Jordan gefällt es in Nairobi und er denkt: Das ist Kenia. Hier bin ich sicher. Ein Trugschluss, wie sich später herausstellt.

In Uganda hat er sich zeitgleich Land gekauft und angefangen, im Dorf seiner Eltern ein Haus zu bauen. Als er an Weihnachten nach Hause fährt,

findet sein Bruder heraus, dass er schwul ist. Ein Familientreffen wird einberufen und es wird entschieden: Jordan ist nicht mehr Teil der Familie. Sie jagen ihn davon. Ab dem Zeitpunkt hat er keine ruhige Minute mehr: Seine Brüder verfolgen ihn, drohen damit, ihn zu töten. Als er an einem Tag nach der Arbeit in seine Wohnung kommt, ist sein Partner verschwunden. Seine Nachbarn erzählen ihm, eine Gruppe von Männern hätten ihn verprügelt und mitgenommen. In dem Moment beschließt er zu fliehen. Nach Nairobi, dahin, wo er denkt, in Sicherheit leben zu können. Von seinem Partner hört er nie wieder etwas: „Er ist wahrscheinlich tot. Seine Telefonnummern funktionieren nicht mehr. Er wurde nirgends mehr gesehen und in den sozialen Netzwerken war er nicht mehr online."

Auf seinem Handy zeigt er mir ein Foto von dem Ort, an dem er im März 2021 fast verbrannt wäre. „Ich hörte einen lauten Schlag. Es hörte sich an, als würde eine Bombe explodieren. Ich wachte auf und stand in Flammen. Trinidad ebenfalls. Alle flippten aus. Ich schrie nach Hilfe und weinte, weil ich brannte." In der Nacht schläft er in kurzer Hose. Das ist sein großes Glück. Denn die kann er ausziehen, bevor das Feuer seinen Oberkörper erreicht. Trinidad trägt eine lange, enge Jeans. Bis jemand eine Schere findet, um die Hose aufzuschneiden, hat das Feuer schon seinen Rücken erreicht. „Als sie endlich die Jeans von seinem Körper gerissen hatten, war das Feuer schon an der Wirbelsäule nach oben gekrochen."

Die beiden werden mit einem Flugzeug nach Nairobi transportiert. Jordan zeigt mir Fotos davon. Trinidad liegt auf einer Pritsche. Er liegt auf der Seite, zusammengekrümmt, nur mit einem karierten Stofftuch bedeckt. Seine Haut ist von den Zehen bis zu den Schlüsselbeinen verbrannt. Sie kommen in ein öffentliches Krankenhaus. Aber auch dort hören die Anfeindungen nicht auf.

„Im Krankenhaus waren sie auch homophob", sagt Jordan, „unsere Überlebenschancen waren gering." Oft wurden die Wunden tagelang nicht gesäubert, die Verbände nicht gewechselt. Auf Fotos wurde all das dokumentiert. Vier Wochen nach dem Brandanschlag verstirbt Trinidad. Der Transmann, der mit bürgerlichem Name Chriton hieß, wurde 22 Jahre alt. Als Jordan den Anruf bekommt, bricht für ihn eine Welt zusammen. Trinidad und er waren lange ein Paar. Nach der Trennung sind sie beste Freunde geblieben. „Ich erinnere mich, dass ich geweint habe, laut geweint. In dem Moment ist mein Herz gebrochen. Und ich habe plötzlich verstanden, wie es um mich steht. Mein Zustand hatte sich auch

verschlechtert. In dem Moment habe ich aufgegeben. Ich dachte, ich sterbe als nächstes."

Nachdem Trinidad verstorben ist, veröffentlicht die LGBTIQ+ Community gemeinsam mit einer Reihe von queeren Organisationen ein Statement. Darin machen sie *UNHCR* verantwortlich. Sie schreiben:

> *„Während wir heute um unseren lieben Bruder und Kameraden trauern, richten wir unsere Trauer und Wut an* UNHCR, das in Kakuma *weiterhin LGBTIQ+ Geflüchtete, wie Trinidad und Jordan, an den Rand drängt, anstatt ihr Mandat zu erfüllen, welches besagt „Geflüchteten zu helfen und sie zu schützen, die gewaltsam vertrieben wurden Gemeinschaften und staatenlosen Menschen zu unterstützen und bei ihrer freiwilligen Rückkehr, lokalen Integration oder Umsiedlung in ein Drittland zu helfen."*

Zeitgleich veröffentlicht *Amnesty International Kenya* eine Stellungnahme:

> *„Wir fordern die Strafverfolgungsbehörden auf, ihre Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf das LGBTI-Gelände im Flüchtlingslager Kakuma zu beschleunigen. Wir fordern außerdem eine unabhängige Überprüfung der aktuellen und vorgeschlagenen Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) und des Refugee Affair Secretariat (RAS), die allen Flüchtlingen, insbesondere den sexuellen Minderheiten, gewährt werden. Bis die Mörder*innen von Chriton Atuhwera vor Gericht gestellt werden und die Sicherheitsmaßnahmen im Lager verbessert werden, müssen sowohl die kenianische Regierung als auch das UNHCR für die Sicherheitsmängel, die sein Leben gefordert haben, zur Verantwortung gezogen werden. Wir erinnern beide Behörden und die Öffentlichkeit daran, dass diese Tötung nach einer Reihe von Angriffen stattfand, über welche Flüchtlinge Beschwerde eingelegt hatten."*

Was hat sich seitdem getan? Daniel fürchtet im Camp noch immer um sein Leben. Und Jordan? „Die Wahrheit ist, die Nachbarn wollen uns hier auch nicht", sagt er. Sie würden regelmäßig die Polizei rufen. Sie sagen, wir würden ihre Kinder verderben. Dass *Safe Houses* von der Polizei immer wieder ohne Grund durchsucht werden, erzählt auch Okwara Masafu von *NGLHCR*. „Willkürliche Verhaftungen sind für LGBTIQ+ Geflüchtete die größte Gefahr. Die Polizei kommt in die Häuser und verhaftet alle unter falschen Anschuldigungen." Vor allem während der Corona-Pandemie seien *Safe Houses* zur Zielscheibe geworden. Den Bewohnenden wurde vorgeworfen, sie würden sich nicht an die Corona-Regeln halten. Aus Angst verbringt Jordan die meiste Zeit in seinem Zimmer. Das Haus verlässt er nur, wenn es sein muss. „Ich habe Angst, wenn ich draußen herumlaufe", sagt er und zeigt auf das Eisentor, „wenn jemand an das Tor klopft, fängt mein Herz an zu rasen." Er erzählt von

Alpträumen, von seiner Angst, die Nachbarn könnten im Mob das Grundstück stürmen und sie alle umbringen. Denn einen Wachdienst gibt es hier nicht.

> *„Meine Hoffnung war, dass alle LGBTI-Personen zumindest an einen sicheren Ort kommen. Und ich dachte, dass ich vielleicht in ein sicheres Haus gebracht werde, während sie nach einer dauerhaften Lösung suchen, wie mich umzusiedeln. Denn es ist eine Tatsache, dass ich überall bedroht werde, sogar in Nairobi. Was, wenn ich noch einmal angegriffen werde? Werde ich überleben?“*

Safe Houses müssten einen Sicherheitsdienst haben, der rund um die Uhr da ist, sagt der Direktor von *Amnesty International Kenya*. „Wenn irgendetwas passiert“, sagt Irungu Houghton, „müsste ein Notfallplan existieren, um die Bewohnenden in fünf Minuten zu evakuieren. Aber wenn du keine Ressourcen hast, dann gibt es auch keinen Alarmknopf.“ Und da liege die Verantwortung ganz klar bei der internationalen Gemeinschaft. Die humanitären Hilfspläne der Vereinten Nationen sind seit Jahren unterfinanziert: Hatte das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen 2016 in Kenia noch rund 270 Millionen Dollar Budget zur Verfügung, waren es 2021 nur noch 150 Millionen. Damit konnte nur circa 60 Prozent des Bedarfs gedeckt werden. Für Irungu Houghton ein Zeichen dafür, dass das internationale humanitäre System Brüche hat:

> *„Die Herausforderung, die wir haben, besteht größtenteils darin, dass wir eine Reihe sehr mächtiger Länder haben, die nicht mehr an Multilateralismus interessiert sind. Sie interessieren sich besonders für innerstaatliche Belange. Und selbst dieser Nationalismus ist zu einem Mikronationalismus geworden, in dem Sinne, dass kein Interesse mehr da ist, Vielfalt zu unterstützen. Viele Länder sind intoleranter geworden und Hassverbrechen nehmen zu. Rechtspopulistische Regierungen nutzen die Spaltung der Menschen jetzt wirklich nur noch, um Wahlen zu gewinnen, weil sie wissen, dass die meisten Wahlen wirklich sehr knapp gewonnen werden. Und dabei werden schwarze Geflüchtete oft stigmatisiert.“*

Für besonders schutzbedürftige Menschen, wie Jordan, die auf der Flucht sind, bedeutet das kaum eine Perspektive. „Ich weiß, meine Zukunft liegt in ihren Händen“, sagt er, „weil am Ende sind sie es, die Entscheidungen treffen. Wenn mich ein Land aufnimmt, lebe ich in Sicherheit. Wenn ich die Chance bekomme, dann habe ich eine Zukunft vor mir, ich kann arbeiten, mich für die Rechte von LGBTIQ+ einsetzen.“ Dass queere Menschen in einem demokratischen Land leben wollen, in dem sie toleriert werden, ist nachvollziehbar. Niemand kann sie dafür verurteilen. Für Irungu Houghton wird hier aber deutlich, in was für einem Zustand das humanitäre System ist: „Das humanitäre System steckt fest, weil die Länder, die die Kapazität hätten Menschen wie Jordan aufzunehmen, die wollen sie nicht mehr.”

Während wir in seinem Büro in Nairobi reden, sterben zwischen Marokko und der spanischen Exklave Melilla dutzende Schwarze Menschen, die auf der Flucht sind. Der spanische Ministerpräsident Pedro Sanchez wird sich einen Tag später aus Brüssel zu Wort melden und die Zusammenarbeit spanischer und marokkanischer Behörden loben. Sie hätten den „gewaltsamen und organisierten Angriff“ auf den Grenzzaun von Melilla beendet. Seit Jahren schottet sich die Europäische Union an ihren Außengrenzen ab: mit meterhohen Barrieren, modernster Überwachungstechnik und ihrer Grenzschutzagentur Frontex. Das zeige vor allem eins, sagt Irungu Houghton: Dass universal gültige Menschenrechte längst nicht mehr für alle gelten. Aber war das jemals der Fall?

> *„Ich denke, die Verantwortung Europas besteht darin, nicht nur darüber nachzudenken, was innerhalb der eigenen Grenzen passiert, sondern eine Führungsrolle auf internationaler Ebene zu übernehmen, um sicherzustellen, dass Länder dabei unterstützt werden, sich in Richtung einer verantwortungsvollen Regierungsführung und einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu bewegen. Die Festung Europa muss aufgegeben werden. Dieses Konzept, dass die ganze Energie im Zusammenhang mit der globalen Migration darauf verwendet wird, Mauern zu errichten und es so gefährlich zu machen, dass man sein Leben riskieren muss, um nach Europa zu gelangen. Denn genau darin wird aktuell am meisten investiert.“*

Jordan steht auf. Lange sitzen kann er noch immer nicht. Er trinkt einen Schluck Wasser und schaut mich mit müden Augen an: „Das Einzige, was ich weiß, wir werden einmal geboren und wir sterben einmal. Die Art von Folter, der ich ausgesetzt war, akzeptiere ich vielleicht nicht mehr. Das Leid ist einfach zu groß.“